

Aktionsgemeinschaft Bahnhofsvorplatz
Trägerin des Bürgerbegehrens zum Bahnhofsvorplatz
Verein Pro Bahnhofsvorplatz Bonn e.V.

Die Bürgerinitiativen für eine städtebauliche Verbesserung des Bahnhofsvorplatz begrüßen das eindeutige und positive Ergebnis der Befragung der Eigentümer der Südüberbauung. Ihre Mitwirkungsbereitschaft ist durch ein anerkanntes neutrales Fachinstitut im Auftrag des Rates der Stadt Bonn nachgewiesen worden. Nach dem vorliegenden Ergebnis stimmen die Eigentümer von 99 % der Flächen einem Tausch oder Verkauf zu angemessenen Bedingungen zu. Offen ist die Haltung einer Eigentümerin, die sich an der Befragung nicht beteiligt hat. Damit ist die Behauptung der Stadtverwaltung widerlegt, eine Lösung des größten städtebaulichen Missstandes am Eingang zur Bonner Innenstadt sei mit den Eigentümern der Südüberbauung nicht zu bewerkstelligen.

Die Aktionsgemeinschaft weist darauf hin, dass die Mehrheit des Stadtrats aus CDU, Grünen und Bürgerbund, die dem Bürgerbegehren zum Bahnhofsvorplatz inhaltlich beigetreten war, auch diesen Schritt zur Klärung einer wichtigen Forderung aus dem Bürgerbegehren nur gegen den erklärten Widerstand der Verwaltung durchgesetzt hatte. Mit der nachgewiesenen Bereitschaft der Eigentümer, an einer Lösung mitzuwirken, steht der Weg zu einem Gesamtkonzept jetzt endlich offen.

Die Aktionsgemeinschaft kritisiert scharf die Absicht des SPD-Fraktionsvorsitzenden Klein, unmittelbar nach Vorlage, Beratung und Verabschiedung des Verkehrskonzeptes für das Areal am Bahnhof bereits vor der Sommerpause eine Entscheidung über die Vermarktung und Bebauung der ersten Baufelder am Bahnhof ohne Berücksichtigung der Südüberbauung zu treffen. Herr Klein stellt sich damit erneut gegen den erklärten Bürgerwillen. Bei der Frage Südüberbauung geht es nicht um die Vernichtung wertvoller Bausubstanz, sondern um die Wiedergutmachung einer städtebaulichen Sünde, die allein Rat und Verwaltung der Stadt Bonn zu verantworten haben. Sie rückgängig zu machen, war ein vorrangiges Ziel aller Unterzeichner des erfolgreichen Bürgerbegehrens, die die vom Rat gebilligte Brune-Planung auch aus diesem Grund abgelehnt hatten. Eine Vermarktung einzelner Bauflächen vor dem Bahnhof ohne ein städtebauliches Gesamtkonzept und unabhängig von der Zukunft der ‚Südüberbauung‘ missachtet daher die Wünsche der Bonner Bürger ebenso wie die Ergebnisse der vom Rat einberufenen Bürgerwerkstatt. Nicht das Fehlen weiterer Einzelhandelsflächen im Bahnhofsbereich, die die SPD weiter verbohrt als vorrangiges Ziel verfolgt, stört die überwiegende Mehrheit der Bonner Bürger. Sie stört vielmehr der städtebauliche Missstand, den die Südüberbauung und das Bonner Loch als Folge schwerer Fehlentscheidungen von Rat und Verwaltung der Stadt Bonn darstellen. Daher *muss* eine Lösung für die Südüberbauung Bestandteil weiterer Entwicklungen im Bahnhofsbereich sein, ob als Abriss oder Teilrückbau. Die Eigentümer haben dafür ihre Mitwirkungsbereitschaft nachweislich dokumentiert. Jetzt muss der Rat beweisen, ob er zu seinem Wort steht oder alles bisher Gesagte plötzlich nur dummes Geschwätz von gestern gewesen sein soll.

Bonn, 27.04.2007